

## Stand der Beziehungen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten

Mehr als anderthalb Jahre nach dem Amtsantritt von Präsident Donald Trump passen sich die transatlantischen Beziehungen weiterhin den neuen Gegebenheiten der Außenpolitik unter dem Leitmotiv „Amerika zuerst“ („America First“) an. Dies hat Auswirkungen auf verschiedene Bereiche wie Klima, Verteidigung, Sanktionen und Zusammenarbeit innerhalb multilateraler Institutionen. Die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA haben sich erheblich verschlechtert. Nach einem Besuch des Präsidenten der Kommission, Jean-Claude Juncker, in den USA im Juli sind jedoch die Vorbereitungen für neue bilaterale Handelsgespräche begonnen worden. Das Europäische Parlament wird sich voraussichtlich auf seiner Plenartagung im September mit einem Initiativbericht über diese Aspekte befassen.

### HINTERGRUND

Die Vereinigten Staaten sind in der Vergangenheit der engste Verbündete der EU gewesen, mit denen die EU gemeinsame Interessen und Werte sowie eine Weltsicht teilte, an denen sich die bilateralen Beziehungen und die gemeinsamen Maßnahmen orientierten. Nach der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten haben Divergenzen in einigen Bereichen jedoch zu [Zweifeln](#) an der Beständigkeit der transatlantischen Beziehungen geführt. Die Umsetzung der Außenpolitik unter dem Leitmotiv „Amerika zuerst“ („America First“) hat die USA veranlasst, mehrere multilaterale Initiativen zu kritisieren und sich von ihnen zurückzuziehen und ihre Beziehungen zu traditionellen Verbündeten, auch zu der EU, zu überdenken. Zu den größten Spannungsfeldern in den bilateralen Beziehungen gehören die Atomvereinbarung mit Iran, der Handel, die Lastenteilung innerhalb der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) und die unterschiedlichen Wahrnehmungen der multilateralen Ordnung. Nach einer beunruhigend langen Verzögerung bei der Ernennung eines US-Botschafters bei der EU wurde im Juni 2018 [bestätigt](#), dass Gordon Sondland diese Funktion übernimmt.

### Handelsbeziehungen

#### Eine angespannte transatlantische Handelsbeziehung

Die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA, die die größte Wirtschaftsbeziehung der Welt darstellt (1 Billion USD im bilateralen Handel), sind seit dem Amtseintritt von Präsident Trump angespannt. Aus der Sicht der EU haben mindestens vier Themen zu wachsenden Spannungen zwischen den traditionell engen Handelspartnern geführt, und zwar:

- die im Frühjahr 2018 unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit getroffenen Entscheidungen der USA, Zölle auf die Einfuhren von Stahl und Aluminium [einzuführen](#), und ihre [Weigerung](#), der EU eine dauerhafte Befreiung zu gewähren;
- von den USA praktizierte anhaltende [Blockade](#), neue Mitglieder in das Berufungsgremium der Welthandelsorganisation (WTO) zu ernennen, die den WTO-Streitbeilegungsmechanismus zu lähmen droht;
- die Einführung von Antidumping- und Ausgleichszöllen auf die Einfuhren von reifen Oliven aus Spanien im Jahr 2018, die weitreichende Auswirkungen auf die Gemeinsame Agrarpolitik der EU haben könnte;
- die Drohungen der USA, vor den Zwischenwahlen Zölle auf die Einfuhren von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen aus der EU zu erheben.

Gleichzeitig haben die EU und die USA (gemeinsam mit Japan) regelmäßig gemeinsame Handelsfragen erörtert.

#### Die Einigung zwischen Juncker und Trump vom Juli 2018: ein Weg zur Deeskalation?

Am 25. Juli 2018 erzielte Kommissionspräsident Juncker eine [Einigung](#) mit dem US-Präsidenten Trump, um eine weitere Eskalation zu verhindern. Sie einigten sich unter anderem darauf, auf Nullzollsätze und den Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse und Subventionen für Industriegüter mit Ausnahme von Kraftfahrzeugen hinzuarbeiten. Die Kommission wies ferner darauf hin, dass sie den Anstieg der Einfuhren von Flüssigerdgas aus den USA erleichtern und den Handel in mehreren anderen Bereichen, einschließlich [Sojabohnen](#), stärken will. Die beiden Parteien einigten sich ebenso darauf, während der Verhandlungen nicht gegen den Geist ihrer Vereinbarung zu verstoßen. Präsident Trump versprach, keine neuen Zölle auf Fahrzeuge einzuführen, solange Fortschritte erzielt werden (obwohl er im August [erklärte](#), dass er es tun würde) und die US-amerikanischen Maßnahmen für Stahl und Aluminium zu überdenken. Schließlich einigten sich die Parteien auch darauf, auf eine WTO-Reform hinzuarbeiten, unlautere Handelspraktiken zu bekämpfen und einen Dialog über Normen einzuleiten. Eine exekutive Arbeitsgruppe ist eingerichtet worden, um Verhandlungen über ein mögliches Handelsabkommen vorzubereiten.

### Sicherheit und Verteidigung

Der Ansatz der Regierung Trump bei mehreren internationalen Sicherheitsfragen hat deutliche Unterschiede zu dem Ansatz der EU gezeigt, da sie die in früheren Regierungen formulierten gemeinsamen Ansätze umkehrte.

#### Die Atomvereinbarung mit Iran

Im Juli 2015 unterzeichneten der Iran und die E3/EU+3 (Frankreich, Deutschland, das Vereinigte Königreich und die EU + China, Russland und die Vereinigten Staaten) den [gemeinsamen umfassenden Aktionsplan](#), mit dem der friedliche Charakter

des iranischen Nuklearprogramms sichergestellt werden soll. Im Gegenzug sollen die restriktiven Maßnahmen gegen Iran abgeschafft werden. Im Mai 2018 kündigte Präsident Trump an, dass sich die USA aus dem Aktionsplan zurückziehen und die Sanktionen gegen Iran wieder in Kraft setzen würde. Durch die [Sanktionen](#) wird verhindert, dass US-amerikanische Unternehmen Geschäfte im Iran tätigen, und ausländischen Unternehmen (darunter EU-Unternehmen), die Geschäfte mit dem Iran tätigen, der Zugang zum US-amerikanischen Banken- und Finanzsystem verwehrt wird; bei einem Verstoß dagegen ist mit hohen Geldstrafen zu rechnen. Daraufhin aktualisierte die Kommission die [Blocking-Verordnung](#), mit der es Wirtschaftsbeteiligten aus der EU ermöglicht wird, für die durch die extraterritorialen US-Sanktionen verursachten Schäden bei den Urhebern Schadensersatz geltend zu machen. Außerdem werden Urteile ausländischer Gerichte, die zur Durchsetzung der Sanktionen verhängt werden, in der EU nicht anerkannt. In der Zwischenzeit sind Gespräche über ein [unabhängiges Finanzierungsinstrument](#) aufgenommen worden. Ein weiteres strittiges Thema im Nahen und Mittleren Osten, über den Iran hinaus, war die Entscheidung von Präsident Trump im Jahr 2017, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen. In einer am 14. Mai abgegebenen Erklärung wird von der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, erneut auf den Einsatz der EU für eine Zweistaatenlösung [hingewiesen](#), die auf der Grundlage des Grenzverlaufs vom 4. Juni 1967 und mit Jerusalem als Hauptstadt beider Länder beruht.

## NATO

Seit der Wahl von Donald Trump haben sich die Spannungen wegen der NATO und insbesondere wegen des Themas der Verteidigungsausgaben zwischen den USA und den NATO-Mitgliedern der EU verschärft. Die USA haben immer darauf bestanden, dass die NATO-Bündnispartner mehr für die Verteidigung ausgeben und ihre Zusage erfüllen, bis 2024 2 % des BIP für Verteidigung auszugeben. Während der Präsidentschaft von Trump haben die Gespräche jedoch einen raueren Ton angenommen. Einige Staats- und Regierungschefs der EU haben sich gegen die Forderungen der USA nach drastischen Erhöhungen der Verteidigungsausgaben [gewehrt](#) und haben geltend gemacht, dass der Ansatz der EU in Sicherheitsfragen breitgefächert ist, da dieser Mittel für Hilfs- und Entwicklungsmaßnahmen umfasst. Die Debatte wurde während des [NATO-Gipfels im Juli 2018 aufgeheizt](#). Zur selben Zeit hat die Regierung Trump das verteidigungspolitische Engagement der USA in Europa durch Militärmanöver, militärische Präsenz nach vorne und „Vorhaltung“ militärischer Ausrüstung in Mittel- und Osteuropa [verstärkt](#). Im Bereich der Sicherheit ist die Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA unterschiedlich verlaufen. Die Zusammenarbeit im Westbalkan ist konstruktiv gewesen. Die [USA](#) und die [EU](#) sprachen sich für das Prespa-Abkommen aus, durch dessen Umsetzung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien ermöglicht würde, der NATO beizutreten. Was die Energiesicherheit anbelangt, haben die USA bei mehreren Gelegenheiten, auch auf dem NATO-Gipfel die Frage der Energiesicherheit der EU, zur Sprache gebracht und ihren Widerstand gegen die russischen Pipelines wie Nord Stream 2, die Europas Abhängigkeit von Energie aus Russland verstärken, [betont](#). Einige [haben vermutet](#), dass die Gründe für diesen Widerstand mit dem Wunsch der USA einhergehen, mehr Flüssigerdgas nach Europa zu exportieren.

## Multilateralismus

Unter Präsident Trump haben sich die USA aus einer Reihe von multilateralen Gremien und Vereinbarungen zurückgezogen, einschließlich des [Übereinkommens von Paris](#), der entstehenden [Transpazifischen Partnerschaft](#), des [Menschenrechtsrates](#) der Vereinten Nationen (auf der Grundlage des Vorwurfs der „chronischen Voreingenommenheit“ gegenüber Israel) und der [UNESCO](#). Zusammen mit der Blockierung des Berufungsgremiums der Welthandelsorganisation hat dies Fragen über das Engagement der USA für den Grundsatz des Multilateralismus (im Handel, in der Sicherheit und insbesondere in der globalen Ordnungspolitik) aufgeworfen, der das außenpolitische Handeln der EU und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Partnern untermauert. Auseinandersetzungen zwischen Trump und anderen Staats- und Regierungschefs auf den Gipfeltreffen der [G7](#) und der G20 über den Handel und den Klimawandel verstärkten diese [Bedenken](#), obwohl er letztlich die Botschaften beider Gipfel unterstützte.

## Standpunkt des Europäischen Parlaments

Am 28. Juni 2018 nahm der Ausschuss des Parlaments für auswärtige Angelegenheiten (AFET) einen [Initiativbericht](#) über den Stand der Beziehungen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten an. In dem Bericht werden die Bedenken über den Kurswechsel in der Außenpolitik der USA, insbesondere in Bezug auf den Handel und den gemeinsamen umfassenden Aktionsplan geäußert, und es wird dafür plädiert, die transatlantische Zusammenarbeit in mehreren Bereichen, einschließlich Konfliktlösung, Energie, Migration und Menschenrechte, zu verstärken. Das Parlament hat die Entwicklungen in den Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA aufmerksam beobachtet. In einer [Entschliebung](#) von 2017 äußerte das Europäische Parlament seine Bedenken über die unbesetzten Stellen im Berufungsgremium der Welthandelsorganisation, und in einer Entschliebung vom [15. März 2018](#) werden die Bedenken hinsichtlich der von der USA eingeleiteten Untersuchung im Fall der Ausfuhren reifer Oliven aus Spanien vorgebracht. Im Juni 2018 hoben das Europäische Parlament und das US-amerikanische Repräsentantenhaus in ihren [gemeinsamen Erklärungen](#) beim interparlamentarischen Treffen des Transatlantischen Dialogs der Gesetzgeber hervor, wie wichtig die enge, strategische und einzigartige Partnerschaft ist, und stellen gleichzeitig mit Sorge die jüngsten Divergenzen fest. In der Erklärung wird unter anderem die Absicht des Kongresses und des Europäischen Parlaments hervorgehoben, zusammenzuarbeiten, um die Divergenzen zu überwinden, die auf der Ebene der Exekutive stärker ausgeprägt sind.

Initiativbericht: [2017/2271\(INI\)](#); Federführend: AFET; Berichtersteller: Elmar Brok (PPE, Deutschland).

Dieses Dokument wurde für die Mitglieder und Bediensteten des Europäischen Parlaments erarbeitet und soll ihnen als Hintergrundmaterial für ihre parlamentarische Arbeit dienen. Die Verantwortung für den Inhalt dieses Dokuments liegt ausschließlich bei dessen Verfasser/n. Die darin vertretenen Auffassungen entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments. Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet, sofern das Europäische Parlament vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird. © Europäische Union, 2018.

